



Die verbotene Insel

Die kleine Insel Vilm vor Rügen war zu DDR-Zeiten der Obrigkeit vorbehalten. Auch heute noch betritt mancher Besucher sie mit angehaltenem Atem. Wie die Reporterin in der ND-Serie. **Seite 3**



Bildung per Chipkarte?

Auch nach dem Spitzentreffen mit der Bundesarbeitsministerin am Freitag bleibt die SPD auf Distanz zu den Plänen, eine elektronische Bildungskarte für Hartz-IV-Kinder einzuführen. **Seite 7**

Unser Wochenendangebot

Porträt: Hans-Rainer Sandvoß dokumentiert Widerstand **Seite 19**
Forum: Das interessanteste Jahrzehnt der DDR **Seite 21**
Geschichte: Leo Trotzki's gewaltsamer Tod vor 70 Jahren **Seite 22**
Reportage: Berlin – Paradies der Tangosehnsucht **Seite 25**

Nahostgespräche in Washington

Israel und Palästinenser wollen direkte Verhandlungen aufnehmen / Auftakt ist für den 2. September geplant

Das Nahost-Quartett und die USA haben Israelis und Palästinenser zu direkten Verhandlungen eingeladen.

Brüssel/Washington (Agenturen/ND). Die Gespräche seien für den 2. September in Washington geplant, teilte das Quartett am Freitag in Brüssel mit. Zu der Gruppe gehören außer der EU die USA, Russland und die Vereinten Nationen. US-Außenministerin Hillary Clinton bestätigte die Einladung. Damit werden Israel und die Palästinenser erstmals nach knapp zweijähriger Unterbrechung wieder direkte Verhandlungen aufnehmen. Die beiden Seiten hatten zuletzt Ende 2008 vor Beginn des Gaza-Krieges direkt miteinander gesprochen.

Laut Quartett-Erklärung sollen alle endgültigen Status-Fragen gelöst werden. Hauptstreitpunkte in den Nahost-Verhandlungen sind die Grenzen eines künftigen Palästinenserstaates und die Sicherheitsgarantien für Israel.

Zum Auftakt der Gespräche will US-Präsident Barack Obama den israelischen Regierungschef Benjamin Netanjahu und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas nach Washington einladen. Netanjahu und Abbas hätten einen Zeitrahmen von maximal einem Jahr für die Verhandlungen festgesetzt, hieß es.

In den vergangenen drei Monaten sprachen Israel und die Palästinenser nur unter Vermittlung des US-Nahost-Gesandten George Mitchell miteinander. Abbas hat den direkten Gesprächen mit Israel erst nach starkem internationalen



Vielleicht werden ja die Mauern – hier am Grenzübergang Kalandia zwischen Westjordanland und Jerusalem – etwas durchlässiger werden. Foto: dpa/Safadi

Druck zugestimmt. Die Palästinenser wollen bis Mitte 2011 alle Grundlagen für einen eigenen Staat aufbauen. Dazu gehören loyale Sicherheitskräfte, eine unabhängige Justiz sowie eine funktionierende und transparente Verwaltung. Netanjahu hat zwar bislang alle Vorbedingungen der Palästinenser abgelehnt, aber seit

mehr als einem Jahr wiederholt seine generelle Bereitschaft zu direkten Verhandlungen erklärt.

Die beiden schwierigsten und emotionalsten Verhandlungspunkte betreffen das Schicksal von rund 4,8 Millionen registrierten palästinensischen Flüchtlingen sowie die Zukunft Jerusalems. Die Palästinenser wollen in dem von Israel

besetzten arabischen Ostteil Jerusalems die Hauptstadt ihres eigenen Staates ausrufen.

Die US-Regierung und die Europäische Union haben sich vehement dafür eingesetzt, dass die direkten Gespräche bis spätestens Anfang September beginnen. Am 26. September läuft ein einseitiger Baustopp Israels im Westjordan-

land aus. Sowohl die USA als auch die EU befürchteten, dass ein neu aufflammender Streit über den israelischen Siedlungsbau auf lange Sicht direkte Verhandlungen torpedieren könnte. Im Nahost-Konflikt gilt indes die Erfahrung: Selbst einfache anmutende Probleme sind komplizierter als erwartet und oft unlösbar. **Kommentar Seite 4**

»Vier Wochen reichen völlig aus«

Wirtschaftsverbände wollen Urlaub kürzen

Berlin (dpa/ND). Mit der Forderung nach kürzeren Urlaubszeiten für Arbeitnehmer in Deutschland sind zwei Unternehmensverbände am Freitag auf einhellige Ablehnung gestoßen. Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) hatte sich in der »Bild«-Zeitung für eine zeitweise Senkung des Urlaubsanspruchs auf fünf Wochen ausgesprochen. Eine noch deutlichere Kürzung des Jahresurlaubs forderte der Unternehmerverband mittelständische Wirtschaft (UMW). »Sechs Wochen sind zu viel, vier Wochen reichen völlig aus«, sagte UMW-Vorsitzende Ursula Frerichs.

Laut Bundesurlaubsgesetz hat jeder Arbeitnehmer einen Mindestanspruch von 20 Urlaubstagen – das entspricht ohnehin nur einem Zeitraum von vier Wochen. Frerichs erklärte im Gespräch mit der Nachrichtenagentur dpa, dass viele Tarifverträge einen längeren Urlaub vorsehen. »Da können wir wahrscheinlich nicht dran rütteln«, räumte sie ein.

Die Forderung der zwei Wirtschaftsverbände stieß nicht nur bei LINKEN, Grünen, der CSU und den Gewerkschaften auf Widerstand, sondern auch beim arbeitgebernahen Institut der Deutschen Wirtschaft (IW). Der Vorschlag führe in die Irre, sagte IW-Geschäftsführer Hans Peter Köls. Stattdessen müsse man eher über Feiertage und Brückentage sprechen. **Kommentar Seite 4**

Unten links

Ein 35-Jähriger ist beim Versuch gescheitert, Grundstücke auf dem **Mond** zu kaufen. Wie sich zeigte, gehörte dieser den Verkäufern gar nicht. Der Traum freilich ist faszinierend: Vor dem Einschlafen noch einen Blick auf die eigene Scholle dort oben werfen, der sagenhafte Mann im Mond sieht ab und an nach dem Rechten und staubt die Marsmännchen aus Terrakotta ab. Und dank steigender Grundstückspreise wächst das Konto unauffällig. Doch so ist es, wenn man nicht genau hinsieht. Denn dann hätte der Geprellte bemerkt, dass einer Parzellierung des Mondes nicht zu trauen ist. Was der ältere Zeitgenosse auf nachlassende Sehkraft schieben mag, ist eine Realität: der Mond schrumpft. Langsam, aber beständig. Irgendwann wird er nicht mal mehr als Fingernagel taugen und vielleicht im Sonderangebot komplett angeboten. Dann wird drauf nicht mal mehr genug Platz sein, um die Banken zu entsorgen, die wegen windiger Immobiliengeschäfte pleite gegangen sind. **uka**

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940



Hilfszusagen für Pakistan aufgestockt

Welternährungsprogramm: Helikopter fehlen

Trotz aufgestockter Hilfszusagen bei der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung kommt die Hilfe in den pakistanischen Überschwemmungsgebieten nur schwer voran.

New York/Islamabad (Agenturen/ND). Mehrere Staaten kündigten in der UNO-Vollversammlung eine Aufstockung ihrer Fluthilfen an: Die USA erhöhten ihre Soforthilfen von 90 auf 150 Millionen Dollar. Die Europäische Union hob ihre Hilfsgelder von 110 Millionen auf 140 Millionen Dollar.

Nothelfer Jürgen Mika: Hilfe kommt schleppend in Gang / Aiman Mazyek: Viele Medien verbreiten islamfeindliche Stimmung **Tagesthema Seite 2**

UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon hatte zu Beginn der Beratungen die Weltgemeinschaft erneut in die Pflicht genommen. Die Katastrophe sei ein »wichtiger Prüfstein für die internationale Solidarität«, sagte er. Ban verglich die Überschwemmungen mit einem »Tsunami in Zeitlupe«, dessen »Kraft der Zerstörung sich mit der Zeit verstärkt«. Auch der pakistanische Außenminister Shah Mehmood Qureshi richtete einen Hilfsappell an die Vertreter der 192 UNO-Mitgliedsländer. Er warnte vor einem Versagen bei der

Hilfe für sein Land. »Wir dürfen nicht erlauben, dass Terroristen von dieser Katastrophe profitieren.« Pakistan nahm nun auch Nothilfe von Indien an. Qureshi sagte im indischen Fernsehen, das Angebot aus Delhi sei eine »sehr willkommene Initiative«.

Vor Ort blieb die Lage dramatisch. In der südpakistanischen Provinz Sindh starben nach Behördenangaben in den letzten drei Tagen acht Menschen, darunter vier Kinder, an Magen- und Hautkrankheiten. In der zentralen Provinz Punjab sanken die Wasserstände zwar. Die Fluten haben jedoch ganze Ortschaften und Felder zerstört. Im ganzen Land sind laut UNO rund 4,6 Millionen Menschen ohne Dach überm Kopf.

Laut Informationen der NATO plant der Pakt eine Luftbrücke. Über sie sollten innerhalb einer Woche bis zu 500 Tonnen Hilfsgüter von Europa nach Pakistan gebracht werden können.

Das Welternährungsprogramm WFP bemängelte das Fehlen von Helikoptern, um auch Menschen in Regionen versorgen zu können, die durch die Wassermassen von der Außenwelt abgeschnitten sind. Insgesamt verfügt das WFP derzeit über 15 Hubschrauber und Lebensmittelrationen für einen Monat für 1,2 Millionen Flutopfer. Insgesamt benötigen jedoch sechs Millionen Menschen Nahrung.

Gastkolumne

Auf Kriegskurs gegen Iran

Von Niema Movassat



Der Autor, 1984 in Wuppertal geboren und iranischer Herkunft, ist Bundestagsabgeordneter der LINKEN.
Foto: LINKE

US-Präsident Obama hat die Kriegsoption gegen Iran nicht ausgeschlossen – er will sich die Türen für eine strategische Neuordnung der Region offen halten. Schließlich verfügt Iran über die zweitgrößten Erdölreserven der Welt und hat eine entscheidende geostrategische Position zwischen Irak, Afghanistan, Pakistan und dem Persischem Golf.

So bleibt Teheran nur die verbale Offensive. Irans Staatschef Ahmadinedschad hat als Reaktion auf die Sanktionen die Verhandlungen über sein Atomprogramm bis September ausgesetzt. Und Iran hat erklärt, an der Anreicherung von 20-prozentigem Uran festzuhalten – was nötig für Brennelemente in einem Reaktor in Teheran ist – sowie eine dritte Urananreicherungsanlage bauen zu wollen. Wobei dies, bei aller umweltpolitischen Ablehnung der Atomenergie, aus völkerrechtlicher Sicht unproblematisch ist –

wie auch das sonst bekannte Atomprogramm. Denn nach dem Atomwaffensperrvertrag, den Iran unterschrieben hat, ist die friedliche Nutzung der Atomenergie einschließlich Urananreicherung erlaubt.

Überprüfbarer Beweis dafür, dass Iran den Bau einer Atombombe anstrebt, hat der Westen der Weltöffentlichkeit bisher nicht vorgelegt. Dagegen verletzen die USA und andere Atomkräfte systematisch ihre Pflicht zur atomaren Abrüstung, die sich aus dem Sperrvertrag ergibt. Allenfalls dieses Verhalten ist völkerrechtswidrig zu nennen.

Für die Sanktionen gibt es letztlich keine Rechtfertigung. Die Europäische Union ist mit ihrer eigenmächtigen Verschärfung des Sanktionsregimes ohne Not auf den fatalen US-Konfrontationskurs eingeschwenkt, anstatt eine Vermittlerrolle einzunehmen. Diese haben derzeit nur die Türkei und Brasilien inne: Sie hatten einen für Iran zustimmungsfähigen Lösungsvorschlag erarbeitet, der mit den Forderungen des Westens aus dem letzten Jahr nahezu übereinstimmte. Davon wollen die USA und die EU aber heute nichts mehr hören. Sie wollen anscheinend den Krieg. Damit setzen sie die Stabilität der Region aufs Spiel.